

Mitgliederversammlung der Bayerischen Chemieverbände 2016

Bericht des Vorsitzenden der Bayerischen Chemieverbände Herrn Dr. Günter von Au

(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine Damen und Herren,
verehrte Gäste,

bevor ich das Wort an unseren diesjährigen Gastredner Herrn Professor Dr. Clemens Fuest, den neuen Präsidenten des ifo-Instituts, übergebe, möchte ich selbst ein paar Worte an Sie richten:

Meine Damen und Herren,

vor ziemlich genau einem Jahr habe ich – damals im Künstlerhaus – über die Unsicherheit in Europa und in der Welt gesprochen.

Damals saß uns noch die Fassungslosigkeit über den Ukraine-Krieg und die Annexion der Krim sowie die Ermordung der Charlie-Hebdo Redakteure in den Knochen.

In der Zwischenzeit gab es eine ebenfalls unfassbare Anschlagsserie in Paris, Explosionen mit vielen Toten in Brüssel, mittlerweile schon den vierten Terror-Anschlag in Istanbul und fast täglich erreichen uns Nachrichten von weiteren Anschlägen, ob aus Bangladesch oder dem Irak – allesamt dem sogenannten Islamischen Staat (IS) zuzuschreiben. Auch die Flüchtlingskrise hat sehr deutlich aufgezeigt, dass wir von den Zuständen in den Krisenregionen in Syrien, im Irak oder in Nordafrika

mitbetroffen sind, dass wir eben vielleicht doch nicht auf einer Insel der Glückseligkeit leben.

Mit Blick nach vorne stehen uns noch immense inhaltliche und finanzielle Aufgaben bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und bei den vielen Problemen rund um das Projekt Europa bevor.

Das Votum der Briten hat die EU in eine Krise geführt. Es hat sehr sichtbar gemacht, wie groß die Ablehnung der Bevölkerung gegenüber der EU bzw. gegenüber der gefühlten Bevormundung durch die EU ist. Der Schock ist vermutlich auch deshalb so groß, weil fast alle Länder wissen, dass auch im eigenen Land eine nicht unerhebliche EU-Gegnerschaft beheimatet ist. Das Problem ist nicht ein rein britisches. Es ist im Übrigen nicht nur ein Problem der EU-Verdrossenheit, sondern auch einer weitergehenden Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und Regierungen.

Auch in Deutschland gibt es EU- und Euro-Gegner und auch im EU-Parlament sitzen diese EU-Gegner.

Weil die Vorteile, die Errungenschaften der EU so selbstverständlich geworden sind, überwiegt in der Wahrnehmung das Negative, die Bürokratie und die Bevormundung.

Ob Folge oder Ursache ist unerheblich, aber in vielen Ländern gewinnen die Populisten und nationale Strömungen an Einfluss. Einfache Antworten kommen offensichtlich gut an, auch wenn es sie so meist nicht gibt.

Um es mit Karl Valentin zu sagen: „Die Zukunft war früher auch besser“.

Meine Damen und Herren,
drei Dinge sind aus meiner Sicht jetzt wichtig:

[1]

Zum einen müssen wir Europa in mancherlei Hinsicht stärken, weil viele wichtige Themen nur europäisch zu lösen sind. Gleichzeitig müssen wir aber die EU-Kritik ernst nehmen und nicht nur kommunikativ für eine bessere EU, eine beliebtere EU sorgen.

[2]

Zum anderen ist es extrem wichtig, die Wertschöpfung durch eine starke Wirtschaft auf bestmöglichem Niveau zu halten. Das ist wichtig für Beschäftigung, sozialen Frieden und die Bezahlbarkeit der bevorstehenden Aufgaben.

[3]

Und nicht zuletzt müssen wir meines Erachtens im politischen Diskurs stärker darauf achten, uns nicht im Klein-Klein zu verlieren, sondern verstärkt auch über die Grundsatzfragen, die übergeordneten Ziele und Strategien zu debattieren – über die Themen, die den Bürgern wirklich wichtig sind – oder sein sollten.

Um ein Beispiel zu nehmen: Wir sollten nicht über eine 10H-Regel streiten, sondern über die Frage, wie eine funktionierende Stromversorgung in 15 Jahren aussieht.

Ich komme darauf noch zurück.

[zu 1]

Meine Damen und Herren,
die derzeit akzeptable Wirtschaftslage in Deutschland und der jahrzehntelange Frieden in Europa sind hart erarbeitete Errungenschaften – Errungenschaften, die wir nicht gefährden sollten. Es lässt sich gerade aus deutscher Sicht schwer leugnen, dass Europa, der europäische Binnenmarkt, die gemeinsame Währung, die Freizügigkeit durch das Schengen-Abkommen und ein gemeinsames

europäisches Parlament, das die Regierungen der Mitgliedsstaaten zum gegenseitigen Austausch zwingt, genau die Zutaten sind, die diese Errungenschaften hervorgebracht haben: (1) Frieden und Sicherheit, (2) Stabilität, (3) Wirtschaftswachstum und damit Wohlstand.

Das Referendum in Großbritannien hat offenbart, dass es um die Wertschätzung von Europa nicht gut steht. Unsere (1) Sicherheit ist gefährdet durch den Terror des IS, „gefühlte“ hat die (2) Stabilität mit dem Referendum einen Knacks bekommen und das (3) Wirtschaftswachstum und der Wohlstand sind durchaus unterschiedlich verteilt. Vor allem aber fühlen sich viele bevormundet von der „Übermacht“ in Brüssel.

Europa ist – wir sind – sicher gut beraten, auch die Effizienz, vielleicht sogar die föderale Aufteilung der Aufgaben und die Strukturen einer kritischen Prüfung zu unterziehen, damit die Europaverdrossenheit nicht noch weiter zunimmt.

Aber bei aller Kritik – und wir haben als Chemieverbände durchaus auch unsere Kritikpunkte an europäischen Regulierungsvorhaben – darf man die Haupterrungenschaften eben nicht vergessen. Deshalb ist es keine Option, die EU an sich in Frage zu stellen, sondern ein möglichst gutes, ein besseres Europa muss das Ziel sein.

Die großen Vorteile der EU müssen wieder klarer werden – vielleicht auch dadurch, dass sich die EU um **die** Themen mehr und besser kümmert, die sinnvollerweise auf EU Ebene behandelt werden: EU-Binnenmarkt, EU-Außenhandel, also TTIP, CETA und so weiter, aber auch Flüchtlingskrise, EU-Außenpolitik, EU-Sicherheitspolitik, Terrorabwehr sowie die Klima und Energiethemen (z.B.

Strombinnenmarkt), also Themen, bei denen es einfach große Synergien auf EU-Ebene gibt.

[zu 2]

Das zweite wichtige Ziel sollte eine starke Wirtschaft sein.

Auf allen Ebenen, Europa, Bund, Bayern sollten wir alles daran setzen, wirtschaftspolitische Argumente wieder zu stärken. Je besser es unserer Wirtschaft geht, desto mehr Beschäftigung haben wir, desto höhere Steuereinnahmen haben Staat und Kommunen, um Themen, wie Flüchtlingskrise und Infrastrukturinvestitionen zu meistern.

Stellen Sie sich andererseits vor, was die Folgen einer Wirtschaftskrise in der jetzigen Situation sein könnten.

In vielen Ländern haben Rechtspopulisten schon jetzt großen Zulauf.

Leider muss man in Deutschland und in der EU feststellen, dass die meisten Regulierungsvorhaben – bzw. die Auseinandersetzung Deutschlands mit der EU – die Unternehmen mit unnötiger Bürokratie belasten, Hürden für das operative Geschäft aufbauen oder für zum Teil sehr große Verunsicherung sorgen. Ich denke hier an die vielen offenen Fragen im Energiebereich, z.B. zu Netzentgelten oder der Besonderen Ausgleichsregelung.

Auf deutscher Ebene sind es Themen wie die ganz nationale Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie, die fast zu einem Deindustrialisierungsgesetz geworden wäre, sowie völlig hausgemachte Kostenprobleme beim Strom, Bürokratiemonster wie den Mindestlohn, um nur einige zu nennen.

Diese Entwicklungen sind nicht gut für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Bei all den Gesetzesvorhaben muss der

wirtschaftspolitische Aspekt wieder mehr Gewicht bekommen. An dieser Stelle muss man auch klarstellen, dass es nicht der Staat ist, der Arbeitsplätze schafft, es sind die Unternehmen. Und diese brauchen einfach die entsprechenden Rahmenbedingungen – staatliche Investitionen können nur die Rahmenbedingungen verbessern, aber nicht Arbeitsplätze schaffen.

Für Deutschland würde ich mir wünschen, dass auch die Wirtschaftsordnung, die Deutschland so erfolgreich gemacht hat – die Soziale Marktwirtschaft – wieder gestärkt wird, sowie das Vertrauen, dass diese Wirtschaftsform tatsächlich der effizienteste Weg ist, innerhalb des politisch gesetzten Rahmens zu agieren.

Politik sollte nicht im Klein-Klein alles im Detail regeln, sondern vernünftige Regeln und Rahmen setzen, also Ordnungspolitik betreiben und die Details im Sinne einer arbeitsteiligen Ordnung auch den jeweils am besten geeigneten Stellen überlassen.

Und wir sollten bei unserer deutschen Politik auch die Europäische Ebene mit einbeziehen. Lassen Sie mich anhand eines Beispiels erläutern, was ich meine:

Derzeit wird vom Bundesumweltministerium ein nationaler (!) Klimaschutzplan 2050 erarbeitet. Er soll als eine Art Masterplan die deutsche (!) Klimaschutzgesetzgebung bis 2050 vorskizzieren. Es ist doch aber zu hinterfragen, wofür nationale Regelungen zum Weltklima gut sind, wenn sie gleichzeitig von den europäischen Regelungen ausgehebelt werden. Klimaschutz ist eine Aufgabe, die möglichst große Gebiete abdecken sollte, am besten die Welt.

Auf europäischer Ebene gibt es – zumindest für einen Großteil der Emittenten – ein Instrument für den Klimaschutz – den Zertifikate-Handel. Allen Unkenrufen zum Trotz: Dieses System funktioniert. In schwierigen wirtschaftlichen Zeiten, in denen ohnehin wenig emittiert wird, lenkt es logischerweise wenig und die Preise sind niedrig – das ist gut und normal. In Hoch-Zeiten wird es stärker greifen. Und durch die Verknappung der Zertifikate werden Emissionen gesenkt – um 87% bis 2050!

Was aber in keinem Fall funktioniert, ist ein nationales „Übererfüllen“ in puncto Emissionen, denn es ist ja eine gesamteuropäische Regelung mit einem gesamteuropäischen „Emissionsdeckel“.

National kann es lediglich teurer werden:

All unsere finanziellen Anstrengungen für die Energiewende haben keinen (!) Einfluss auf die gesamteuropäischen CO₂-Emissionen.

Wir zahlen jährlich ca. 23 Milliarden EUR Subventionsgelder dafür, dass das Netz überlastet wird und mit weiteren Milliarden Leitungen gebaut werden müssen, dafür, dass die Versorgungssicherheit gefährdet wird, aber eben NICHT dafür, dass weniger CO₂ emittiert wird.

Das EEG schwächt unsere Wettbewerbsfähigkeit ohne auch nur einem einzigen Ziel des Energiepolitischen Zieldreiecks irgendwie näher zu kommen.

Meine Damen und Herren,

Klimaschutz und Energiepolitik sind typisch europäische Themen. Hier – auf europäischer Ebene – sollte Energie- und Klimapolitik betrieben werden. Nationale Anstrengungen sind jedenfalls ökonomischer Unfug,

weil sie teuer und wirkungslos sind. Sie führen bei uns zu einer Deindustrialisierung und zu „carbon leakage“.

An diesem Beispiel sieht man, wie wenig nationale und europäische Gesetzgebung manchmal zusammen passen, wie unsinnig nationale Alleingänge in machen Themen sind, aber auch, dass die Bedeutung der Wirtschaft zu wenig anerkannt wird und die für Sie nötigen Rahmenbedingungen nicht verstanden werden.

Ein Problem liegt auch darin, dass man als Industrievertreter sehr schnell falsch verstanden wird, wenn man sich gegen den deutschen Klimaschutz äußert. Denn die Frage ist ja nicht, **ob** wir Klimaschutz betreiben sollen, sondern die Frage ob wir es **auf deutscher Ebene** tun sollen.

[zu 3]

Das bringt mich zum letzten Punkt den ich ansprechen wollte:
Die Probleme in der Meinungsbildung.

Meine Damen und Herren,
selbstverständlich kann sich nicht jeder in aller Tiefe mit allen Problemen und Fragen der Politik beschäftigen. Üblicherweise beschäftigt man sich nur so lange mit einer Frage bis man eine plausible, ins eigene Weltbild passende Antwort für sich gefunden hat – das ist effizient und das machen die meisten so.

Das führt aber in Bürgerentscheiden, Volksbegehren oder Referenden, deren Ergebnisse auch den Regeln der Kommunikation und der Medien unterliegen zu Ergebnissen, die Demagogen in die Hände spielen.

Nach dem Referendum in Großbritannien sieht man, wie schief es gehen kann, wenn die politische Stimmungsmache der Populisten siegt.

Man muss sich fragen, ob Referenden zu Fragen, die so weitreichende Konsequenzen haben und gleichzeitig so komplex in der Bewertung sind, überhaupt ein geeignetes Element sind. Ist nicht genau für diese Themen die *repräsentative* Demokratie die richtige Struktur?

War nicht – bei Licht betrachtet – auch der Bürgerentscheid der Münchener gegen die 3. Startbahn schon im Ansatz falsch? Und kann ein wie auch immer gestaltetes neues Referendum zu dieser Frage überhaupt eine richtige Antwort geben?

Bei vielen politischen Fragen gehen die Linien zwischen den Meinungslagern zudem mittlerweile nicht mehr entlang der Parteigrenzen, sondern oft mitten durch die Parteien. Es mag sein, dass das an der veränderten Medienwelt, an verändertem Medienkonsum liegt. Ich denke, es liegt zumindest zum Teil aber auch daran, dass die Leitbilder und die große politische Richtung der Parteien immer weniger erkennbar oder einfach nicht mehr hilfreich sind. Passen vielleicht die alten Klischees der Parteien nicht mehr auf die heutigen Fragestellungen?

Jedenfalls kann man immer weniger, wie früher, ruhigen Gewissens seine Stimme **der** Partei geben, deren Grundmotiv am besten zum eigenen Weltbild passt und sich – im Sinne einer repräsentativen Demokratie – einigermaßen sicher sein, dass die Einzelpositionen sich auch diesem Motiv unterordnen.

Somit haben die Bürger mehr Aufwand und es erfordert mehr Auseinandersetzung mit Einzelthemen, um sich für eine Partei zu entscheiden. Vielleicht sind manche dazu nicht bereit.

Das fördert auf der anderen Seite den Wunsch der Menschen, sich dann bei manchen Fragen direkt einbringen zu können, also den Wunsch nach Elementen der direkten Demokratie.

Und am Ende spielt es den Kräften in die Hände, die mit einfachen Botschaften Ängste schüren, um politisches Kapital zu gewinnen und mit vermeintlich einfachen Antworten gleichzeitig die Gesellschaft als Ganzes destabilisieren.

Meine Damen und Herren,

Es gibt sicher keine einfache Antwort auf dieses Phänomen, denn die Veränderungen sind komplex und vielschichtig. Ich könnte mir dennoch vorstellen, dass wir wieder verstärkt über die großen politischen Richtungen debattieren sollten, über die Leitlinien und über die Grundmotive.

Diese sollten dann maßgeblich für nachgelagerte Themen sein. Politik und politische Entscheidungen „aus einem Guss“ könnten einfacher werden, weil man sich über die Grundsätze klar ist.

Meine Hoffnung wäre auch, dass in diesem Zug wieder weniger über die Instrumente und mehr über die Ziele gesprochen wird.

Warum bestimmt beispielsweise die Politik die Menge der Windkraftanlagen in Deutschland?

Die Menschen wollen nicht Windkraftanlagen um jeden Preis, sondern sauberen Strom! Noch wahrscheinlicher wollen sie einfach nur keinen Klimawandel.

Meine Damen und Herren,

ich bin überzeugt und sehr zuversichtlich, dass Europa die derzeitigen Krisen übersteht und ich könnte mir sogar vorstellen, dass es durch den Prozess, der jetzt folgen muss, besser geordnet, gestärkt und selbstbewusster wird – auch, dass es wieder mehr Unterstützung findet. Wenn sich Deutschland aus der derzeitigen Position heraus auf seine Stärken rückbesinnt, wird die Sicherung unseres Wohlstands gelingen können.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass es durchaus sehr zu begrüßende Entwicklungen gibt: Zum einen natürlich das Bündnis „Zukunft der Industrie“, das genau diese so wichtige Rolle der Industrie und der Wirtschaft wieder besser in der Gesellschaft verankern will. Aber auch in Bayern ist mit dem Branchendialog Chemie und mit dem Bayerischen Pharmagipfel jeweils sehr wichtige Impulse für die Stärkung des Standorts gegeben worden.

Und nicht zuletzt kann – wenn er richtig gelebt wird – auch der Umweltpakt Bayern ein echter Standortpakt sein.

Wir hoffen sehr, dass wir auf diese konstruktive Dialogbereitschaft und Fachkompetenz bayerischer Ministerien auch weiter bauen können.

Meine Damen und Herren,

jetzt (!) ist der richtige Zeitpunkt gute Wirtschaftspolitik zu betreiben und den wirtschaftspolitischen Argumenten deutlich mehr Gewicht zu geben. In Deutschland und in Europa.

Und jetzt ist der richtige Zeitpunkt gekommen, sich wieder verstärkt auf unser Wirtschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zurückzubedenken und das föderale System, Europa, Bund, Länder zu stärken und wo nötig zu verbessern.

Wir fordern von Politik und Regierung, diese Ziele gemeinsam mit uns konsequent zu verfolgen.

Ganz herzlichen Dank!